Einheit zusammenschweißen. Der Wendepunkt zum pluralistischen Zerfall des Weltkommunismus trat schon zu Lebzeiten Stalins ein.

Schließlich stellt der Vf. die Frage, ob die innere totalitäre Struktur der einzelnen Parteien, die ihnen einst von außen durch Moskaus Autorität aufgedrängt wurde, auf die Dauer gegen die Folgen des polyzentristischen Zerfalls immun bleiben wird. Dazu sagt er ein eindeutiges Nein.

Er meint, daß mit dem Niedergang der sowjetischen Autorität jene kommunistischen Parteien, die nur als abgeleitete totalitäre Parteien existieren konnten, einschrumpfen und absterben werden. Und das trifft vor allem für die Parteien in den hochentwickelten demokratischen Ländern zu. Das ist eine Schlußfolgerung, die wir unterschreiben können. Wir sind auch einverstanden mit dem, was der Vf. über die unabhängigen Parteien der Zukunft sagt: sie seien offensichtlich in jenen unterentwickelten Regionen zu finden, wo heute der ideologische Einfluß Chinas am stärksten ist, weil eben in diesen Ländern ein echtes Potential für totalitäre Revolution besteht.

Für diese zwei Schlußfolgerungen kann der Vf. die Tatsachen der Geschichte der Gegenwart als Beweis anführen. Das kann er aber nicht für eine dritte Folgerung: „Die Gründungsmitglieder der Komintern, jene kommunistischen Parteien des industriellen Europas, mögen wohl den Kreis ihres Lebens vollenden, indem sie, sei es zur Bedeutungslosigkeit von Sekten, sei es zu demokratischer Unabhängigkeit zurückkehren.“

Gerade die Vorgänge in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien — Ländern also, die ohne Zweifel zum „industriellen Europa“ gehören — weisen auf eine immer wachsende innere Stärke einer nationalen kommunistischen Partei hin. In dieser Hinsicht erhebt sich auch die Frage, was man unter „pluralistischem Zerfall“ und „schöpferischer Weiterentwicklung“ des Kommunismus zu verstehen hat, und ob es nicht richtiger wäre, dem Polyzentrismus nicht nur ein Negativum, sondern auch ein Positivum beizumessen. Die Frage der Selbstverwaltung z. B. hat in der Vergangenheit eine erhebliche Rolle in den sowjetisch-jugoslawischen Differenzen gespielt. In Moskau wurde bisher die jugoslawische Form als „anarchosyndikalistisch“ abgelehnt. Offenbar dachte Chruščëv positiver über die jugoslawischen Vorstellungen. Das Positivum einer gegenseitigen Beeinflussung sollte m. E. nicht außer Betracht gelassen werden.

Aber selbst wenn man gegen einzelne Thesen R. Löwenthals Einwände erheben könnte, unterliegt es keinem Zweifel, daß wir es hier mit einem wichtigen Beitrag zum Verständnis des modernen Kommunismus zu tun haben.

Amsterdam

Leo van Vlijmen

Ostblock, EWG und Entwicklungsländer. Veröff. der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Hrsg. v. Erik Boettcher. (Politische Paperbacks bei Kohlhammer.) Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1963. 173 S.

In der Auseinandersetzung zwischen West und Ost sind die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Probleme der Integrationsbestrebungen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs nicht selten einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise entrückt. Jedoch ist es Aufgabe des Wissenschaftlers, des Politikers und des Praktikers, ohne Vorurteile diese Phänomene zu unter-

suchen und das Ergebnis einem weiteren Kreise zugänglich zu machen. In dieser Überzeugung haben Herausgeber und Autoren ihre auf der Würzburger Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde im Oktober 1962 gehaltenen Vorträge veröffentlicht. Bereits der Titel dieser Broschüre spiegelt den auf dieser Tagung diskutierten Themenkreis wider: 1. Beziehungen zwischen kommunistischen Staaten, 2. Beziehungen zu kapitalistischen Staaten und 3. Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Diese drei Aktionsfelder bestimmen die neuen Probleme, vor die der Kommunismus in unserer Zeit gestellt ist.

Eine detaillierte, auf die nachfolgenden Beiträge bezogene Einleitung des Herausgebers E. B o e t t c h e r umreißt die zu behandelnde Materie und gelangt, ausgehend vom Parteiprogramm der KPdSU von 1961, zum Ergebnis, daß auf allen drei Ebenen die Kommunisten trotz revidierter Urteile und Verhaltensweisen große Schwierigkeiten haben, ihre Probleme nach dem traditionellen ideologischen Konzept zu lösen. Aus diesem Umstand leitet er die möglichen Chancen des Westens ab und schließt somit den Kreis der Betrachtungen.

Im Mittelpunkt des geschichtswissenschaftlich grundlegenden Beitrages von G. R h o d e („Politische und soziale Probleme einer Integration in den Ostblockländern Ostmitteleuropas“) steht die Definition des Begriffes übernationaler Zusammenschlüsse als eine von der Einsicht und Bereitschaft weiter Bevölkerungskreise abhängige, „verständene“ und bejahte Integration. Die Untersuchung der Vorbedingungen, fördernden Faktoren und Hindernisse führt zum Ergebnis, daß zwar weder in bezug auf COMECON noch auf den Warschauer Pakt von einer Integration im erwähnten Sinne gesprochen werden kann, die neuere Politik der Sowjetunion jedoch das Ziel verfolgt, die Bindungen weniger sichtbar und weniger lästig zu machen.

R. K r e n g e l behandelt in seiner Arbeit („Die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen im Ostblock“) ergänzend den wirtschaftlichen Aspekt desselben Problems, wobei er die wesensbedingten Merkmale und Faktoren eines wirtschaftlichen Integrationsprozesses klar herausarbeitet. Die kritische Bilanz seiner Gegenüberstellung von EWG und COMECON — denn für ihn ist Ostforschung stets Vergleichsforschung der beiden Systeme — ergibt, daß im COMECON noch keine entscheidenden Ansätze zu einer einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Preispolitik, der „Krönung jeglicher Integrationsbemühungen“, bemerkbar sind. Dagegen hat die EWG bei der Harmonisierung und Koordinierung der verschiedenen Zweige der Wirtschaftspolitik ihrer Mitgliedsstaaten sehr beachtliche Erfolge erzielt.

Das Referat von R. S a n n w a l d („Die Sowjetunion und die westeuropäische Integrationspolitik“) untersucht die politische Bedeutung und den geistesgeschichtlichen Hintergrund der sowjetischen Einstellung gegenüber dem westeuropäischen Integrationsprozeß. Durch die Gegenüberstellung der pessimistischen Prognosen des Parteiprogramms von 1961 über die EWG und ihrer tatsächlichen Entwicklung im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich widerlegt er eindrucksvoll die kommunistischen Prophezeiungen. Seitdem die EWG zu einem weltpolitischen Faktum geworden ist, haben die Sowjets ihre anfänglich ignorierende Haltung mehrmals einer Revision unterziehen müssen. Der ideologische Kunstgriff, den Zwiespalt zwischen Doktrin und Wirklichkeit

zu überbrücken, ist ihnen, nach Meinung des Vfs., offensichtlich noch nicht gelungen, da auch heute „nicht sein kann, was nicht sein darf“.

R. Löwenthal verdeutlicht in seinem Beitrag („Die Strategie der nachkolonialen Revolution in russischer und chinesischer Sicht“) das ganze Ausmaß der Wandlungen in der Taktik und Strategie der sowjetischen und chinesischen Außenpolitik gegenüber kolonialen und halbkolonialen Ländern. Grundsätzlich zeigen seine Überlegungen, daß die auf fehlerhafter Analyse beruhende Annahme der Sowjets, eine nationale Befreiung dieser Länder sei nur im revolutionären Kampf und nur unter kommunistischer Führung möglich, die kommunistische Strategie vor das Dilemma stellt, wie sie sich zu den aufstrebenden Nationen verhalten solle. Er empfiehlt dem Westen, diejenigen Entwicklungsländer zu unterstützen, bei denen ein starker Wille besteht, zwischen dem kapitalistischen und kommunistischen Extrem einen eigenen Entwicklungsweg zu gehen.

Das Referat von W. Klatt („Die Entwicklungshilfe in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West“) behandelt den grundlegenden Wandel in den Außenhandelsbeziehungen der Sowjetunion und analysiert an Hand eines sorgfältig zusammengestellten Zahlenmaterials den gegenwärtigen Umfang und die Auswirkungen sowjetrussischer Wirtschaftshilfe. Im Ost-West-Vergleich über die Entwicklungshilfe und den Außenhandel liegen wichtige Hinweise vor, in welchem Umfang und auf welche Art und Weise, ja unter welchen politischen Zielsetzungen die Sowjetunion eine „gezielte“ Entwicklungspolitik verfolgt.

Dem Herausgeber und den Vfn. ist es gelungen, in prägnanter Form die sich im Ostblock wandelnde Szene sachkundig zu interpretieren. Die in den Anmerkungen enthaltenen Literaturhinweise sowie das Personen- und Sachregister sind besonders begrüßenswert. Man kann nur wünschen, daß auch in den folgenden Jahren die Vorträge der Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde durch ihre Veröffentlichung in geschlossener Form breiteren Leserkreisen zugänglich gemacht werden. Der vorliegende Band beweist, daß Ostforschung eine Lebensfrage des Westens ist.

München

Hermann Gross

Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China.

Untersuchungen der Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme. Bd 1 u. 2. Hrsg. v. Georg Jahn und W. M. Frhr. v. Bissing. (Schr. des Vereins f. Socialpolitik. Gesellschaft f. Wirtschafts- u. Sozialwiss., N.F. Bd 23/I u. 23/II.) Verlag Duncker u. Humblot, Berlin 1961/62. XII, 397 u. XII, 510 S.

Dieses grundlegende Handbuch der Wirtschaftssysteme in der sozialistischen Welt ist von bekannten Sachkennern geschrieben. Zur Einführung umreißt W. M. Frhr. v. Bissing in klarer Gliederung die „Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft“ (S. 1—76), wobei u. a. der Wirtschaftsplan, die Preisbildung, die Akkumulation, die Arbeitskraft, die Arbeitsproduktivität und der Lohn, die Boden- und Grundrente, das Geld, der Kredit und die Banken, die Verteilung des Gesamtprodukts, Reibungen und Krisen sowie der Außenhandel besonders dargestellt werden. In die Schilderung der Sowjetwirtschaft teilen sich H. Raupach und H. Klocke. H. Raupach umreißt ihre Grundbedingungen (S. 77—112), und zwar zuerst die Standpunkte zur Erklärung des sowjetischen